

↓ **EMPFEHLUNGEN**

4

**1 Die neuen Warlords einhegen**

Deutschland sollte in Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) und Großbritannien neue Allianzen anstoßen, die sich einem „neuen Kriegsfürstentum“ von Groß- und Mittelmächten entgegenstellen. Partner können Länder wie Indien, Brasilien, Südafrika, Kanada und Australien sein.

**2 US-Völkerrechtsbrüche beim Namen nennen**

Deutschland verspielt seine Glaubwürdigkeit, wenn es Völkerrechtsbrüche nur selektiv anprangert und durch ausweichende Formulierungen Verstöße von Verbündeten wie den USA und Israel toleriert.

**3 Gewaltamen Gebietsverschiebungen entgegenwirken**

Jeglicher Anerkennung von Gebietsgewinnen in der Ukraine, die durch Gewalt oder Gewaltandrohung erlangt wurden, sollte Deutschland entgegenwirken. Auch sind israelische Landnahmen in Palästina zu verurteilen.

**4 Multilaterale Institutionen arbeitsfähig halten**

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) in den Bereichen Prävention, Mediation und Friedenssicherung sowie von Institutionen der Rüstungskontrolle zu sichern und zu stärken.

**5 Gerichte und humanitäre Hilfe unterstützen**

Deutschland sollte mit Nachdruck den Internationalen Strafgerichtshof und die humanitären Koordinationsstrukturen der Vereinten Nationen politisch und finanziell stützen.

**6 VN zur Wahrung des Weltfriedens stärken**

Gegenstrukturen zu den VN und kurzfristige Initiativen wie das „Board of Peace“ von Donald

Trump verdienen konsequente Ablehnung durch alle EU-Staaten. Innerhalb der VN muss die Generalversammlung gestärkt werden.

**7 Transaktionale Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik zurückweisen**

Interessen dürfen nicht gegen Werte ausgespielt werden. Wo Entwicklungszusammenarbeit bloß zur Migrationsabwehr, Rohstoffsicherung oder geopolitischen Transaktion wird, verliert sie ihren friedenspolitischen Sinn.

**8 Künstliche Intelligenz und digitale Souveränität stärken**

Bei Künstlicher Intelligenz müssen die europäischen Abhängigkeiten von den USA und China vermindert werden. Der Zugang zu kritischen Rohstoffen und Rechenressourcen sowie der Aufbau resilienter Wertschöpfungsketten müssen priorisiert werden.

**9 Grundlagen für Rüstungskontrolle schaffen**

Deutschland sollte sich dafür einsetzen, auch in einer Phase neuer Rüstungswettläufe Grundlagen belastbarer Rüstungskontrolle zu schaffen und zu erhalten. Dafür braucht es eine flexiblere Rüstungskontrolle, die neue Waffentechnologien und digitale Systeme einbezieht.

**10 Die innenpolitischen Folgen des war on terror evaluieren**

25 Jahre nach 9/11 ist eine transparente und schonungslose Evaluation der umfassenden Sicherheitsgesetzgebung überfällig. Neben der Angemessenheit und Wirksamkeit der Maßnahmen sollte auch überprüft werden, ob, wie und wo Rassismus befördert wurde.

# STELLUNGNAHME /

## Die neuen Warlords. Gewaltdynamiken einhegen /

5

Die Weltordnung zerfällt. Der Krieg ist wieder auf der Tagesordnung der internationalen Politik, und mit ihm tritt auch ein neuer Gewaltakteur auf: Der staatliche Warlord, der Gewalt einsetzt und androht, um Macht- und Profitinteressen durchzusetzen. Die neuen Warlords, maßgeblich Autokratien oder Staaten im demokratischen Niedergang, profitieren von der Schwäche existierender Regeln und Institutionen und verschärfen sie. Ihre Entfesselung militärischer Gewalt muss gestoppt werden, um den endgültigen Zerfall der Weltordnung und ihrer Regelwerke aufzuhalten.

Die internationale Politik befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umbrüche. Demokratien sind weltweit unter Druck geraten. Sowohl die Zahl an Demokratien als auch die Qualität von Demokratie nimmt weltweit ab. Zugleich zerfällt die Nachkriegsordnung, die diese Demokratien maßgeblich mitaufgebaut haben: Die Vereinten Nationen (VN) sind blockiert oder werden gar nicht erst in laufende und drohende Konflikte einbezogen, Friedensmissionen werden zurückgedrängt. Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und humanitäre Hilfe verzeichnen drastische Mittelkürzungen. Das System der Rüstungskontrolle gerät immer mehr ins Abseits, während Rüstungsmodernisierung und Rüstungsausgaben kontinuierlich steigen. Militärische Gewalt oder die Drohung damit ist heute wieder probates Mittel internationaler Politik: Groß- wie Mittelmächte agieren zunehmend unilateral und sind bereit, militärische Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen ohne Rücksicht auf das Völkerrecht einzusetzen. Die Folge ist eine Entfesselung von Gewaltdynamiken. Sie ist besonders sichtbar in Europa (russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine), im Nahen und Mittleren Osten (Gaza-Krieg, US-israelische Iran-Intervention) und in Subsahara-Afrika (Sudan, Ostkongo). Aber auch in Lateinamerika (US-Intervention in Venezuela) oder in Asien (Myanmar, afghanisch-pakistanische Grenze, Spannungen im Südchinesischen Meer) sind die Auswirkungen spürbar. Kurzum: Militärische Gewalt ist im Zentrum der Weltordnung angekommen.

Die internationale Ordnung, die die Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet haben, zerfällt

In dieser Schwächekonstellation der Weltordnung tritt ein neuer Gewaltakteur auf die weltpolitische Bühne: der staatliche Warlord. Ursprünglich für lokale, nichtstaatliche Gewaltunternehmer in Räumen fragiler Staatlichkeit entwickelt, muss der Begriff heute auch auf staatliche Akteure angewendet werden.

## **DIE GLOBALISIERUNG DES KRIEGSFÜRSTENTUMS**

Klassische Warlords sind nichtstaatliche oder semistaatliche Gewaltakteure, die bewaffnete Gruppen kontrollieren, um durch den Einsatz von Gewalt Profite für sich und ihre Anhänger:innen zu erwirtschaften. Ihr primäres Ziel ist nicht, politische Kontrolle über ein Staatsgebiet zu erreichen, sondern Ressourcenmaximierung durch Gewalt und Patronage. Ihr Herrschaftsmodell ist auf sie zugeschnitten, während (supra-)staatliche Institutionen und Legitimationsverfahren kaum eine Rolle spielen. Dieses Verhaltensmuster, Gewalt zur persönlichen Bereicherung und Machtausdehnung einzusetzen, wurde lange mit Blick auf die Gewaltökonomien im Globalen Süden beschrieben. Heute ist es längst auch im Globalen Norden bei Groß- und Mittelmächten beobachtbar.

Immer mehr Groß- und Mittelmächte agieren wie Warlords und setzen Krieg als Mittel ein

6

Wie ihre nichtstaatlichen Vorbilder konzentrieren die neuen Warlords politische Herrschaft auf sich, nutzen Gewaltmittel expansiv und setzen staatliche Ressourcen für persönliche, klientelistische oder imperiale Zwecke ein. Sie operieren in der Grauzone zwischen staatlicher Ordnung und deren Auflösung – und sie tun dies nicht aus Notwehr, sondern als bewusste Strategie. Während lokale Warlords in Räumen fragiler Staatlichkeit Oligopole der Gewalt bilden und Ressourcen plündern, sind die neuen Warlords weitaus gefährlicher, denn sie verfügen über ganze Armeen, Geheimdienste und High-Tech-Waffen. Diese neuen Warlords sind nicht Rebellenführer, sondern Präsidenten, Generäle, Monarchen. Sie agieren nicht im Schatten des Staates, sondern durch den Staat hindurch. Und sie verfolgen nicht nur lokale Beuteinteressen, sondern expansionistische, imperiale Projekte.

Die Beispiele für diese Form von Kriegsfürstentum häufen sich: Am deutlichsten lässt sich das an den Großmächten – beziehungsweise jenen, die sich dafür halten – beobachten: Russlands Präsident Putin hat einen Angriffskrieg gegen die Ukraine entfesselt, der nun bereits ins fünfte Jahr geht, um seine Ideen eines großrussischen Reiches verwirklichen zu können. Donald Trump hat bereits in seiner Antrittsrede als Präsident angekündigt, die USA wieder vergrößern zu wollen und hat seitdem Freund und Feind gleichermaßen mit Gewalt bedroht, um seine Interessen durchzusetzen, und sie auch angewandt. Ganz offen reklamieren die USA wieder ein Interventionsvorrecht in der westlichen Hemisphäre und bekennen sich zu ihrem Wunsch nach Zugriff auf Ressourcen.

Aber auch Mittelmächte wie Israel, die Türkei oder die Golfstaaten gehen in diese Richtung. Diese Staaten handeln immer weniger wie klassische Nationalstaaten, sondern wie imperiale Gewaltunternehmer, die ihre Machtzonen ausweiten und internationale Regeln selektiv instrumentalisieren. Entscheidend ist: Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis unvermeidlicher systemischer Zwänge. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Akteure eignen sich Gewaltmittel aktiv an und nutzen sie zur Durchsetzung politischer, ökonomischer oder territorialer Interessen. Sie könnten anders handeln – sie entscheiden sich bewusst dagegen. In dieser Welt wird Krieg wieder zu einer normalen Handlungsalternative, die keiner weiteren Legitimation bedarf. Donald Trumps Aussage, er erwäge die Bombardierung der iranischen Insel Kharq „aus Spaß“ fortzusetzen, ist kein Ausrutscher, sondern Symptom einer politischen Kultur, in der Gewalt enttabuisiert und beinahe spielerisch als Form demonstrativer Lustinszenierung präsentiert wird.

Nicht systemische Zwänge, sondern politische Entscheidungen treiben die neuen Warlords an

Warlords führen nicht nur Kriege – sie betreiben Politik mit militärischen Mitteln. Sie nutzen Gewalt, um politische, ökonomische und rechtliche Vorteile zu erzwingen. Dabei zerstören sie teils gezielt, teils aber auch als Kollateralschaden internationale Organisationen und Regelwerke. Diese Entwicklung ist nicht alternativlos: Sie kann politisch eingeeht, verlangsamt und unter Umständen auch zurückgedrängt werden. Gegenwärtig ist eine rasche Trendumkehr allerdings nicht in Sicht. Vorrangig wird es darum gehen müssen, die aktuelle Eskalationsspirale der Gewalt zumindest zu bremsen und ihre weitere Dynamik zu begrenzen.

## ↘ **NORMALISIERUNG VON MACHTPOLITIK**

Die Dynamik und die Methoden der neuen Warlords zeigen sich besonders deutlich in den Interventionen der USA, Russlands und Israels, aber auch in den regionalen Machtprojektionen Pakistans, der Türkei, Äthiopiens oder der Golfmonarchien. So befinden sich alle drei Golfmonarchien in einem Konkurrenzverhältnis untereinander und mischen in den Bürgerkriegen im Nahen Osten wie am Horn von Afrika mit: Ob in Libyen, Gaza, Syrien, Sudan, Jemen oder Somalia – in all diesen Bürgerkriegen führt die Unterstützung der einen Kriegspartei durch eine Golfmonarchie dazu, dass eine andere Golfmonarchie die Gegenpartei fördert. Dabei reicht das Portfolio von der eigenen militärischen Präsenz über die finanzielle und militärische Unterstützung von Bürgerkriegsparteien bis hin zur Vermittlung in Friedensgesprächen. Ob Kriege geführt werden oder Frieden vermittelt, ist dabei nicht normativ unterlegt, sondern wird allein als wirkungsvolles Instrument gesehen, um geopolitische, strategische oder wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Die Beachtung völkerrechtlicher Normen spielt keine Rolle; Krieg ist allein Mittel zum Zweck. Auch diese Mittelmächte agieren wie Warlords und werden durch das jüngste Verhalten der USA in ihrem Vorgehen weiter ermutigt. Eine Einflussnahme von außen, um die Politik der drei Golfmonarchien in den verschiedenen Konfliktregionen zu ändern, gestaltet sich als immens schwierig. Die Europäische Union (EU) könnte allerdings Einfluss nehmen, wenn sie ihre Rüstungsexporte in die Golfstaaten stärker konditionalisieren würde, damit keine in Europa hergestellten Waffen mehr ihren Weg in Bürgerkriegsländer finden.

Die Golfmonarchien setzen militärische Interventionen und Friedensvermittlung als Instrumente für ihre Interessen ein

## ↘ **WARLORD-LOGIKEN AUFBRECHEN – FRIEDENSÜBERGÄNGE GESTALTEN**

Warlords ziehen aus dem Krieg nicht nur ihren Profit, sondern auch ihre Legitimation. Um der Logik des Kriegsfürstentums entgegenzuwirken, bedarf es deshalb tragfähiger Friedensübergänge. In der Ukraine hieße das: keine Normalisierung russischer Gebietseroberungen, sondern rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien, technikgestützte Überwachung und ein nachhaltiger Wiederaufbau, der diesen Namen verdient und international gestützt wird. In Gaza wird sichtbar, wie unzulänglich ein top-down entworfener „Friedensplan“ ist, wenn er palästinensische Selbstbestimmung missachtet und keine politische Perspektive bietet: Ohne Einhegung und Entwaffnung der Hamas, aber auch ohne Begrenzung staatlicher und Siedler-Gewalt auf Seiten Israels, bleiben Waffenruhen zerbrechlich, und es profitieren auf beiden Seiten militante und extreme Akteure. Syrien wiederum

Friedensübergänge brauchen Sicherheitsgarantien, Monitoring, Entwaffnung, kluge Sanktionspolitik und Wiederaufbau

zeigt, dass Nachkriegsordnungen anfällig für ein Scheitern sind, wenn Milizen lediglich kooptiert, aber Gewaltapparate nicht reformiert werden – und wenn legitime Autonomieansprüche bekämpft, statt berücksichtigt werden. Frieden beginnt dort, wo die Methoden der Warlords und unbegrenzte Machtpolitik – lokal, national oder international – ihre Attraktivität verlieren: durch glaubwürdige Sicherheitsgarantien, internationale Kontrolle, früh verhandelte Entwaffnung und Demobilisierung, rechtsgebundene Sanktionspolitik und einen Wiederaufbau, der klare Prioritäten setzt und weder Selbstbereicherung noch neue Gewaltökonomien begünstigt.

8

### ↘ **DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN KOSTEN DES RÜCKZUGS AUS DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**

Parallel dazu verschärft der Rückzug großer Geber aus der EZ die Krisendynamiken. Der Abbau humanitärer Hilfe zerreißt Schutznetze, verschärft Ernährungskrisen und lässt Basisdienstleistungen erodieren. In fragilen Gesellschaften, wie etwa im Südsudan, steigt dadurch das Risiko organisierter Gewalt. Die EZ kann ein Gegenpol zur neuen Willkür der Macht sein – aber nur, wenn sie ihren normativen Kern verteidigt. Wo die EZ bloß zur Migrationsabwehr, Rohstoffsicherung oder geopolitischen Transaktion wird, verliert sie ihren friedenspolitischen Sinn. Wo sie dagegen auf Inklusivität, Menschenrechte, „do no harm“, multilaterale Kooperation und eine ernsthaft finanzierte Friedensdimension im Zusammenhang von Humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden (HDP-Nexus) setzt, verteidigt sie Räume für kooperative Politik. Deutschland als bedeutender Akteur in der weltweiten EZ muss auf eine stärkere Koordination multilateraler Entwicklungspolitik pochen und zu einer besseren Bündelung von bereits vorhandenen Ressourcen beitragen.

Entwicklungs-  
zusammenarbeit  
verteidigt Räume für  
kooperative Politik

### ↘ **TECHNOLOGISCHE DISRUPTION**

Neue Technologien verändern die internationale Sicherheit in einem Tempo, das politische Regulierungsbemühungen kaum einholen können – und genau diese Beschleunigung stärkt jene Regierungsstile, die auf Personalisierung, Willkür und demonstrative Machtausübung setzen. Ihr Dual-Use-Charakter macht Künstliche Intelligenz (KI), autonome Systeme, Cyberfähigkeiten und moderne Biotechnologie zugleich zu Motoren ziviler wie militärischer Innovation und zu Quellen neuer Risiken. Dual-Use-Güter verschieben Machtverhältnisse, unterlaufen klassische Rüstungskontrollmechanismen und setzen nukleare, chemische und biologische Regime zusätzlich unter Druck. Tech-Mogule, Autokraten und extremistische Gruppen nutzen diesen technologisch erzeugten Graubereich, um staatliche Institutionen zu entkernen, ihre Handlungsspielräume auszuweiten und Gewaltmittel als Ausdruck persönlicher Autorität zu inszenieren. Die sinkende Eintrittsschwelle für intransparente oder informelle Machtprojektion – von Cyberoperationen bis zu präzisen kinetischen Signalen – begünstigt eine politische Kultur, in der Regeln opportunistisch (also: eigennutzorientiert) genutzt werden. Eskalationen werden performativ eingesetzt, sprich: Äußerungen sollen Tatsachen schaffen. Schließlich werden institutionelle Kontrollen umgangen. Zugleich eröffnen technologische Fortschritte in Sensorik,

Neue Technologien  
in der Rüstung sind  
kaum zu regulieren –  
und geben den Warlords  
zusätzliche Hebel in  
die Hand

Satellitenaufklärung und KI-gestützter Datenanalyse neue Möglichkeiten der Verifikation; allerdings entfalten diese Innovationen ihr Potenzial nur dort, wo politische Akteure bereit sind, sich an überprüfbare Regeln zu binden. Zurzeit entsteht eine internationale Ordnung, in der technologische Beschleunigung den Warlords der Gegenwart zusätzliche Hebel in die Hand gibt.

## ↙ **DIE VEREINTEN NATIONEN IN DER DEFENSIVE**

Die VN stehen für alles, was die neuen Warlords verachten: Völkerrecht, Gewaltverbot, multilaterale Kooperation zur Lösung globaler Probleme. Doch die Weltorganisation steckt seit langem in der Krise. Ihr friedens- und sicherheitspolitisch zentrales Entscheidungsgremium, der Sicherheitsrat, ist seit Jahren blockiert. In den aktuellen Konflikten in Iran, Gaza, der Ukraine, Venezuela, Jemen oder Sudan spielen die VN kaum mehr eine Rolle. Die Instrumente der VN im Bereich Frieden und Sicherheit – Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung – werden immer seltener genutzt und sind drastisch unterfinanziert; zudem gerät ihre liberale Ausrichtung an Demokratie und Menschenrechten zusehends in die Kritik. Die USA, bislang der wichtigste Geber, haben nicht nur radikal ihre finanzielle Unterstützung für die VN zusammengestrichen, sondern planen offenbar alternative internationale Strukturen: den sogenannten „Friedensrat“ unter Führung von Donald Trump. Um diesem institutionellen Kahlschlag entgegenzuwirken, sind Reformen der VN nötig, von denen man weiß, dass sie nur schwer durchsetzbar sind. Realistisch ist am ehesten eine Stärkung der Generalversammlung und eine strategische Koalition mittlerer und kleiner Staaten, die die VN politisch und finanziell stabilisieren.

In der bislang schwersten Krise der Vereinten Nationen braucht es strategische Koalitionen der Mittelmächte zur Stabilisierung

## ↙ **DER SCHATTEN DES WAR ON TERROR**

Die Kriege der neuen Warlords werden häufig mit dem Kampf gegen Terrorismus legitimiert. Das gilt insbesondere für den Krieg gegen das iranische Regime, das über Jahrzehnte diverse dschihadistische Gewaltakteure der sogenannten „Achse des Widerstands“ gegen den Staat Israel finanziell und politisch unterstützt hat. Diese Rechtfertigungsmuster tragen deutliche Reminiszenzen an den war on terror, den die USA vor mehr als 25 Jahren nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erklärten. Dieser Krieg gegen den Terrorismus hatte nicht nur international gravierende Auswirkungen, er ist bis heute auch innerhalb von Gesellschaften folgenreich. In seinem Schatten führten viele Staaten – darunter Deutschland – eine Vielzahl von weitreichenden Maßnahmen ein, um Terrorismus und Radikalisierung im Inland zu bekämpfen. Dabei gerieten vor allem Menschen, denen eine muslimische Identität zugeordnet wird, pauschal in den Verdacht, eine Bedrohung für die Sicherheit zu sein. Es ist an der Zeit, diese Maßnahmen einer gründlichen Evaluation zu unterziehen und zu untersuchen, welche beabsichtigten und unbeabsichtigten Auswirkungen sie hatten. Antimuslimischer Rassismus hat sich in die gesellschaftliche Mitte ausgedehnt und ist dort wie Antisemitismus und andere Rassismen verankert. All diese Phänomene müssen als gesellschaftliche Probleme ernstgenommen und bearbeitet werden.

Der war on terror hat eine Verdachtslogik gegenüber Muslim:innen befördert – seine Maßnahmen müssen evaluiert werden

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

10

Ohne entschiedene Gegenmaßnahmen ist der gegenwärtige Zerfall der multilateralen Ordnung und ihrer Regelwerke nicht mehr aufzuhalten. Was nach ihr kommt, lässt sich bereits jetzt im Gebaren der neuen Warlords beobachten: Militärische Gewalt als reguläres Mittel der Politik, das denjenigen strukturelle Vorteile verschafft, die bereit und in der Lage sind, es einzusetzen. Wer diese Möglichkeiten nicht besitzt oder sie nicht nutzt, könnte auf Dauer seine Sicherheit und Selbstbestimmung einbüßen.

Diese Entwicklung ist abwendbar, es muss aber jetzt und entschieden gehandelt werden. Das beginnt damit, dass eklatante Regelbrüche als solche benannt und skandalisiert werden, egal ob sie von Verbündeten oder von Gegnern begangen werden. Nur dann kann die Geltung von Regeln behauptet werden. Wenn man hingegen selektiv Völkerrechtsbrüche toleriert, wie dies die Bundesregierung im Falle der US-Intervention gegen das venezolanische Maduro-Regime und bei der Intervention der USA und Israels gegen den Iran getan hat, verspielt man das diplomatische Kapital der Glaubwürdigkeit und befördert – ob mit Absicht oder nicht – den Verfall der internationalen Ordnung.

Allerdings erwächst aus Verurteilung noch keine Regeleinhaltung. Dafür braucht es Institutionen und Verfahren der Konfliktregulierung, die von der Mehrheit der Staaten anerkannt und genutzt werden. Dazu zählen die VN. Der VN-Sicherheitsrat wird in absehbarer Zukunft nicht als Kraft für Friedenspolitik nutzbar sein. Die VN-Generalversammlung könnte das aber durchaus, wenn sich jene Staaten, die an der Ordnung festhalten wollen, mit ihren Ressourcen für ihre Stärkung einsetzen. Dazu zählt auch, die Kürzungen in der EZ zu stoppen. Natürlich muss auch die EZ unter dem Gesichtspunkt der Strategie betrachtet werden; ihr Mehrwert besteht in dieser Hinsicht darin, das Vertrauen in Partnerschaften und in die internationale Ordnung zu stärken. Nicht zuletzt muss es darum gehen, auch und gerade in einer Phase zunehmender Rüstungswettläufe wieder Grundlagen für belastbare Rüstungskontrolle zu schaffen und zu erhalten, indem die Rüstungskontrolle technologisch aufgewertet und flexibler wird.

Deutschland und Europa können in all diesen Bereichen gestaltend wirken – vorausgesetzt, sie halten bei der Einhaltung von Völkerrecht und internationalen Regeln Kurs. Verteidigungs- und rüstungspolitische Abhängigkeiten gegenüber den USA müssen reduziert werden. Bei der Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz sowie dem Zugang zu kritischen Rohstoffen und Rechenressourcen ist europäische Autonomie, nicht zuletzt gegenüber China, notwendig.

## Autor:innen

---

**Dr. Claudia Baumgart-Ochse**

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Christopher Daase**

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Tobias Debiel**

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

**Prof. Dr. Nicole Deitelhoff**

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

**Prof. Dr. Conrad Schetter**

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

**Prof. Dr. Ursula Schröder**

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg